# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmestellen: sämtliche Geschäftsstellen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr 209. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, 6. September 1928


## Deutschlands Handelspolitik.

Vor einigen Tagen wurde in Pretoria ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Südafrikanischen Union unterzeichnet. Über den Inhalt läßt sich noch nicht viel sagen. In dieser Beziehung wird man sich wohl gedulden müssen, bis die deutschen Unterhändler aus Pretoria nach Berlin zurückgekehrt sind, was etwa in einem Monat der Fall sein dürfte. Dieser Vertrag ist eine Folge des Handelsvertrages, den wir seinerzeit mit England abgeschlossen haben, der aber für die englischen Besitzungen und Dominions nur bedingte Gültigkeit hat. Einzelne Teile des englischen Imperiums wachen eifrig darüber, daß keines ihrer Hoheitsrechte angetastet wird, wozu auch das Recht gehört, eigene Handelsverträge abzuschließen. Ähnliches gilt auch für die Vertretung beim Völkerbund, wo ein großer Teil der englischen Dominions eigene Vertreter hat.

Zu den Teilen des Englischen Reiches, die besonders in letzter Zeit große Selbständigkeitsneigungen gezeigt haben, gehört die Südafrikanische Union. Wie verlautet, hält sich der mit Südafrika abgeschlossene Handelsvertrag im Rahmen des mit England getätigten. Bei der eigenartigen Stellung Südafrikas ist aber anzunehmen, daß hier doch wesentliche Abweichungen gemacht worden sind. Der neue Vertrag ist für Deutschland insofern von besonderem Interesse, als zur Südafrikanischen Union auch unser früheres Südwestafrika gehört, mit dem wir auf diese Weise nun endlich wieder in geregelte Handelsbeziehungen kommen. In dieser unserer früheren Kolonie ist das deutsche Element tonangebend, und es ist deshalb anzunehmen, daß sich gerade mit diesem Teil Südafrikas sehr rege Handelsbeziehungen entwickeln werden.

Bei dieser Gelegenheit ist es interessant, einen Blick auf unsere ganze Handelsvertragspolitik zu tun. Wir sehen dabei das Bestreben, Verträge mit Meistbegünstigung dort wieder abzuschließen, wo wir sie verloren hatten. Durch den Versailler Vertrag hatten wir für eine Reihe von Jahren unsere Freiheit auf dem Gebiete der Handelsverträge aufgeben müssen. Eines der ersten Länder, die nach Wiedererlangung unserer Handelsfreiheit mit uns in ein geregeltes Verhältnis kamen, war England. Dort hatte man bald gemerkt, wie wichtig es war, die Fäden mit dem ehemals so mächtigen Gegner Deutschland wieder anzuknüpfen. Mit England ist man denn auch verhältnismäßig schnell handelseinig geworden. Das gleiche konnte man bei den Verhandlungen mit Frankreich nicht sagen. Hier stellten sich zuerst anscheinend unüberwindliche Hindernisse in den Weg, zumal Frankreich den Begriff der Meistbegünstigung so gut wie gar nicht kennt. Wenn wir hier endlich zum Ziel gekommen sind, so hat daran ein großes Verdienst der soeben auf so tragische Weise ums Leben gekommene französische Handelsminister Bokanowski. Die Verhandlungen hatten aber auch für Frankreich insofern etwas Gutes, als man dort die Notwendigkeit einsah, den ganzen Zolltarif modernisieren zu müssen, was in kurzer Zeit geschehen soll. Um den Schwierigkeiten bei Abschluß des Vertrages mit Deutschland aus dem Wege zu gehen, hatte man seinerzeit einen provisorischen Zolltarif geschaffen.

Ein besonderes Kapitel auf dem Gebiete der Handelspolitik bilden die östlichen Staaten Europas. Mit Rußland haben wir seit langem einen Wirtschaftsvertrag. Wenn es jetzt heißt, daß demnächst neue Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland beginnen sollen, dann bedeutet das, daß man die Rahmenbestimmungen des alten Vertrages ausfüllen und den veränderten jetzigen Verhältnissen anpassen will. Man hätte schon längst damit angefangen, aber das merkwürdige Verhalten der Russen gegenüber den deutschen Ingenieuren hatte einen Schatten auf die gegenseitigen Beziehungen geworfen, der erst durch das Einlenken der russischen Regierung beseitigt wurde.

Der estnische Außenminister hat Deutschland eingeladen, die Handelsvertragsverhandlungen beginnen zu lassen. Auch Estland gegenüber haben wir manche Beschwerden, die erst behoben werden müßten, so in der Entschädigung der geschädigten Deutschen durch die estnische Agrarreform. Wenn die Verhandlungen mit Estland beginnen, dann ist wohl anzunehmen, daß dabei diese Streitfrage endgültig bereinigt wird. Die Verhandlungen mit Polen stehen immer noch auf dem toten Punkte. Polen zeigt sich Deutschland gegenüber vollständig unnachgiebig. Es glaubt, hier einen gewissen Machtstandpunkt einnehmen zu können. Die Annahme Polens, in der oberschlesischen Kohle ein Druckmittel gegenüber Deutschland in der Hand zu haben, hat sich als ein Irrtum erwiesen, und hier liegt der Ausgangspunkt der Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen, außerdem die Lieblosigkeiten Polens gegenüber den Deutschen im eigenen Lande.

## Schließung des griechischen Parlaments wegen der Fieberepidemie.

London, wie aus Athen gemeldet wird, mußte das griechische Parlament infolge der Fieberepidemie geschlossen werden. Die nächste Sitzung soll am 1. Oktober stattfinden. Der Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Venizelos, der ebenfalls an Fieber erkrankt ist, gibt zu Bedenken Anlaß.

# Die erste Aussprache: Müller bei Briand

## Verzögerungspolitik in Genf.

Seipels angebliches Vorgehen.

Über der jetzigen Tagung des Völkerbundes in Genf scheint ein besonderer Unstern zu stehen. Zwei der bedeutendsten Männer der früheren Beratungen, Dr. Stresemann und Chamberlain, sind gesundheitlich verhindert, zu erscheinen. Ob dieses Fehlen oder andere Imponderabilien die Verzögerung verursachen, läßt sich nicht übersehen, jedenfalls wollen die Angelegenheiten trotz der Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers Müller-Franken, der nun schon seit Sonntag in Genf weilt, nicht recht in Fluß kommen. Am Dienstag gab es sogar einen förmlichen Rednerstreik. Ganz gleichgültig, ob das Versagen nun absichtlich oder unabsichtlich war, jedenfalls meldete sich kein einziger Sprecher nach der Eröffnung der Sitzung, in der die allgemeine Debatte über die Tätigkeit des Völkerbundes beginnen sollte. Demgegenüber will es nicht viel besagen, daß Mittwoch der neue Gesandte der chinesischen Nationalregierung in Brüssel die nunmehr begonnene Auseinandersetzung mit einem uneingeschränkten Lob der bisherigen Völkerbundarbeit begann.

Andauernd konzentriert sich das Interesse der Delegierten auf die für Mittwoch abend angesagte Unterredung zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem deutschen Reichskanzler Hermann Müller. Diese Unterredung soll endlich den Anstoß geben, um zu den wichtigen und großen Problemen, deren Lösung man in Genf erwartet, vorzudringen. Die Besprechung Briand—Müller bedeutet nach allgemeiner Auffassung nur den Auftakt zu einer baldigen Zusammenkunft zwischen dem englischen Vertreter Lord Cushendun, Briand, dem belgischen Minister Hymans und dem deutschen Reichskanzler. Diese engere Konferenz könnte wohl nicht mehr zögern, die Räumung des Rheinlandes anzuschneiden; denn hier liegt der Kern aller Entscheidungen, ganz gleich, ob Frankreich bei seiner bisherigen Hinhaltungspolitik verharrt oder nicht.

Hier müßte Farbe bekannt, hier muß Klarheit geschaffen werden, ob die Rheinlandräumung, von der Deutschland nicht ablassen wird, wieder mit der Regelung der Kriegsschulden verquickt und mit neuen französischen Forderungen belastet wird.

Demgegenüber erscheint es nebensächlich, wenn man sich ausführlich mit der Wiederwählbarkeit Spaniens in den Völkerbundrat stundenlang befaßt oder auch die Erledigung des polnisch-litauischen Streitfalles noch für diese Woche verspricht. Man sagt zwar, Briand habe sich bereits Dienstag mit dem belgischen Minister des Äußern über das Rheinland unterhalten, aber es ist nicht vorauszusetzen, daß dabei wesentliche Veränderungen in der bisherigen Haltung der Westmächte zutage getreten sind. Die nächsten Tage müssen darüber Aufschluß geben, ob Frankreich nun ernstlich gewillt ist, die von Deutschland dargebotene Hand zu ergreifen und damit eine Tür zu öffnen, durch welche die so oft feierlich verkündete neue Zeit des Friedens und der wirtschaftlichen Erstarkung Europas endlich hereintreten kann.

•

## Die Unterredung Müller-Briand.

Genf, 5. September. Die Unterredung zwischen dem deutschen Reichskanzler Müller und dem französischen Außenminister Briand dauerte etwa 1½ Stunden. Wie üblich, wurden den in der Halle des Hotels des Bergues versammelten Vertretern der internationalen Presse keinerlei Mitteilungen über den Ausgang der Unterredung gemacht. Es kann jedoch angenommen werden, daß sich an diese erste Unterredung weitere anschließen werden.

## Ein Bericht der deutschen Delegation.

Genf, 5. September. Ueber den Inhalt der Unterredung zwischen Reichskanzler Müller und dem französischen Außenminister Briand ist kein amtliches Communique ausgegeben worden. Dagegen wurde von Seiten der deutschen Delegation folgende offizielle Mitteilung gemacht: „Zwischen Reichskanzler Müller und dem französischen Außenminister fand Mittwoch nachmittag die in Aussicht genommene Unterredung statt, deren Gegenstand Frankreich und Deutschland betreffende Probleme (Rheinlandräumung) bildeten. Die Besprechung, die 1½ Stunden dauerte, hatte der Natur der Sache nach einen vorbereitenden Charakter. Es besteht beiderseits der Wunsch, daß weitere Besprechungen mit den Besatzungsmächten in Genf folgen.

### „Wohlwollende englische Haltung."

London, 5. September. Der Genfer Sonderkorrespondent des Evening Standard will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß sich Entwicklungen von größter Bedeutung im Zusammenhang mit der Besatzungsfrage anbahnen. Auf englischer Seite sei man über den Gang dieser Besprechungen genügend unterrichtet und der britische Hauptdelegierte Lord Cushendun habe auch den Ministerpräsidenten Baldwin in Aix les Bains informiert. Eine aktivere Rolle werde die britische Delegation nicht spielen, sondern sich auf eine passive aber wohlwollende Haltung gegenüber den deutschen Anstrengungen beschränken.

### Die Behandlung der Minderheiten.

Bei der fortgesetzten Beratung des Völkerbundes am Mittwoch verbreitete sich der holländische Außenminister Belaerts in längerer Rede über die Methoden des Völkerbundes bei der Behandlung der Minderheiten. Belaerts erklärte, der Schutz der Minderheiten durch den Völkerbund sei von größter Bedeutung für die Erhaltung des europäischen Friedens. Die zweifellos vorhandenen großen Schwierigkeiten müßten endlich beseitigt werden. Der Gedanke der Schaffung eines ständigen Minderheitenausschusses sei verständlich. Belaerts sagte, er habe nicht die Absicht, der Vollversammlung bereits jetzt einen dahingehenden Vorschlag zu unterbreiten, bitte jedoch dringend darum, die Idee zu prüfen, um endlich ein Weiterkommen zu ermöglichen. — Der Holländer erhielt großen Beifall aus der Versammlung und man konnte erkennen, daß es kaum noch angängig erscheint, die jetzige Verzögerungspolitik weiter zu treiben.

### Verschleppung der Abrüstung.

Der schwedische Außenminister Unden kritisierte den schleppenden Gang der Abrüstungsverhandlungen. Die Regierungen weigern sich trotz Versailler Vertrag, Völkerbundpakt, Locarnoabkommen und Kellogg-Pakt, ihre Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen. Das Weiterrüsten gehe unvermindert weiter und biete die ungünstigsten Aussichten für die Erhaltung des Weltfriedens. Schon werde die öffentliche Meinung der Welt unruhig, da sie keine Fortschritte erkennen könne.

Am Nachmittag fanden lediglich Ausschußsitzungen statt. Eine weitere Hauptversammlung ist für Donnerstag in Aussicht genommen.

### Der Anschluß Oesterreichs.

Angeblich soll der österreichische Bundeskanzler Seipel bei seiner Unterredung mit Briand diesen um Hilfe gebeten haben zur Unterdrückung der wachsenden Anschlußbewegung in Österreich. Briand hätte die Meinung ausgesprochen, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland Selbstmord für das Land bedeuten würde.

Es wird abzuwarten sein, ob der Bundeskanzler Seipel tatsächlich seine Meinung zu dem großen und von den Volksmassen in Deutschland sowohl wie in Österreich getragenen Anschlußgedanken in dieser Weise präzisiert hat. Ebenso ob es wahr ist, daß Seipel im Laufe der Besprechungen versucht hat, die in Frankreich und Italien wegen des Anschlusses gehegten Befürchtungen zu zerstreuen und dem italienischen Vertreter zugesagt hat, in das Wirken des italienischen Regiments in Südtirol nicht einzugreifen. Seipel würde sich damit in starken Gegensatz zu den meisten Parteien sowohl in Österreich wie in Deutschland setzen und weitere Folgerungen aus seinem Vorgehen können nicht ausbleiben.

## Sächsische Industrie und Tariferhöhung.

Die „Sächsische Industrie", das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller, veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft über die vom Reichsbahngericht beschlossene Tariferhöhung und macht dazu folgende beachtlichen Ausführungen:

Die Mitteilungen der Reichsbahnhauptverwaltung zeigen, daß der Kampf um die neue Tariferhöhung bei der deutschen Reichseisenbahn, der jetzt schon einige Monate andauert, mit einem völligen Siege der Reichsbahnhauptverwaltung geendigt hat. Die Erleichterungen, die in der erwähnten Mitteilung enthalten sind, sind dabei gewiß zu begrüßen, insbesondere halten wir es für sehr zweckmäßig, daß die Frachten für Lebensmittel, die zurzeit nach dem Nottarif für Lebensmittel befördert werden, nicht unter die Erhöhung fallen.

Trotzdem ändert dies nichts an der Tatsache, daß diese Tariferhöhung unter Umständen als das Signal zu einer allgemeinen Teuerungswelle sich auswirken kann. Daß diese Befürchtung nicht ganz unberechtigt ist, wird jeder, der die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten Monaten genau verfolgt hat, bestätigen. Man wird deshalb vom Standpunkte der Wirtschaft und darüber hinaus vom Standpunkte der Allgemeinheit es aufs tiefste bedauern müssen, daß die Reichsbahnhauptverwaltung und das Reichsbahngericht trotz monatelangen Studiums der Frage nicht zu einer anderen Lösung des Problems gekommen sind, die derartige Befürchtungen ausgeschaltet und versucht hätte, berechtigten Wünschen der Eisenbahnverwaltung mit anderen Mitteln Rechnung zu tragen und den Ursachen auf den Leib zu rücken, die zu der jetzigen Situation der Bahn geführt haben. Denn wie die Dinge jetzt liegen — und das ist bei dem ganzen Problem noch besonders beängstigend —, ist es ja noch gar nicht ausgeschlossen, daß nicht binnen kurzem von der Bahn mit derselben Begründung neue Erhöhungen verlangt werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF